

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 06.10.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadtmuseum  
"Christian Wolff Haus"  
Große Märkerstraße 10  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Hanna Haupt	Ausschussvorsitzende, SPD
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus Adam, Stellv.	FDP
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle-Neues Forum
Frau Antje Klotsch	stimmb.Mitglied ;
Frau Helga Schubert	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Frau Kerstin Masur	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Herr Uwe Kramer	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Frau Beate Gellert	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Herr Tobias Kogge	Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung)
Frau Katharina Brederlow	Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie)
Frau Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied (Migrationsbeauftragte)
Herr Mirko Petrick	Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter)
Frau Janice Windisch	Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendrat)
Frau Ilona Hackel	Beratendes Mitglied (Arbeitsagentur)
Herr Rene Moses	Beratendes Mitglied (Humanistischer Regionalverband, Bürgerhaus alternativE)
Frau Renate Leonhard	Beratendes Mitglied (Katholisches Propsteipfarramt)
Herr Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied (Kirchenkreis Halle-Saalkreis)
Frau Kaupke, Uta	Protokollführerin
Herr Weiske, Uwe	Verwaltung (Sozialplaner)
Herr Deckert, Christian	Verwaltung (Jugendhilfeplaner)
Frau Heder, Gabriele	Verwaltung (Ressortleiterin Jugendamt)

### **Gast:**

Prof. Dr. Titus Simon                      Hochschule Magdeburg-Stendal

### **Entschuldigt fehlten:**

Frau Heike Wießner	CDU
Frau Katja Raab	FDP
Herr Leonhard Dölle	stimmb. Mitglied; Freier Träger
Frau Susanne Wildner	Beratendes Mitglied (Gleichstellungsbeauftragte)
Frau Carola Messerschmidt	Beratendes Mitglied (Landesverwaltungsamt, Abteilung Schule und Kultur)
Frau Carmen Wiebach	Beratendes Mitglied (Jobcenter)
Herr Richter Bruno Glomski	Beratendes Mitglied (Amtsgericht )
Herr Kriminalrat Ralf Berger	Beratendes Mitglied (Polizei)
Herr Privorozki, Max	Beratendes Mitglied, Jüdische Gemeinde
Frau Anja Pohl	Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat)

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

**Frau Hanna Haupt**, Vorsitzende des Ausschusses, rief die Kinder- und Jugendsprechstunde auf. Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sprechstunde geschlossen.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde von **Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab keine Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung zur Tagesordnung.

Der Tagesordnung wurde **ohne förmliche Abstimmung zugestimmt**.

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.09.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Forschungsbericht des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e.V. zur Jugendgewalt im Land Sachsen-Anhalt - hier: Rolle der Jugendbegegnungszentren  
Gast: Prof. Dr. Titus Simon, Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)
6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. schriftliche Anfragen von Stadträten

9. Mitteilungen
10. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.09.2011**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.09.2011.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses **genehmigten ohne förmliche Abstimmung** die öffentliche Niederschrift vom 01.09.2011.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses** teilte mit, dass es keine nichtöffentlichen Beschlüsse in der nichtöffentlichen Sitzung am 01.09.2011 gab.

### **zu 5 Forschungsbericht des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e.V. zur Jugendgewalt im Land Sachsen-Anhalt - hier: Rolle der Jugendbegegnungszentren Gast: Prof. Dr. Titus Simon, Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte als Gast im Ausschuss Herrn Prof. Dr. Titus Simon von der Hochschule Magdeburg-Stendal und erteilte diesem das Wort.

**Herr Prof. Dr. Simon** stellte sich den Ausschussmitgliedern vor und dankte für die Einladung in den Ausschuss. Er legte heute seine Meinung zum Artikel „**Besuch von Jugendzentren und Zusammenhang mit Gewaltverhalten**“ aus dem Forschungsbericht des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e.V. „Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt im Bundesland Sachsen-Anhalt“ dar. Eingangs machte er deutlich, dass eine Umfrage unter ca. 2500 Schülerinnen und Schülern im Land Sachsen-Anhalt als wenig spektakulär angesehen werden sollte. In der Studie steht relativ wenig an Dingen, die man in Halle noch nicht selbst wusste. Er vertrat die Auffassung, dass „offene Jugendarbeit, die erreichen muss, die es am meisten nötig haben“. Ein Auftrag der offenen Jugendarbeit ist es auch, alle zu erreichen, die das wollen. In der Praxis sieht es so aus, dass – wenn die Einen im Jugendclub da sind, die Anderen dort weg bleiben. Die in der Studie benannten Probleme in Sachsen-Anhalt sind die Probleme, wie in allen anderen Großstädten auch. Die Frage ist, ob die Studie für eine „Weichenstellung“ in der Jugendhilfe Halle relevant ist? Prof. Dr. Simon hat das Zahlenmaterial herausgefiltert und das stellte sich so dar:

Stichprobe aus 8. Klassen, Durchschnittsalter der befragten Jugendlichen lag bei 15,2 Jahren, *in Halle wurden befragt: 223 Jugendliche*, der Anteil an Gymnasiasten lag bei 47,5%, im Durchschnitt 36,7%. Die Jugendclubbesucher lagen bei 11,4% = 25, im Durchschnitt 20%, davon waren 5 Jugendliche gewaltbereit. Die Studie von Prof. Pfeiffer ist bekannt, eine Gegendiskussion von 300 Sozialhochschulprofessoren interessiert weniger.

Faktoren, welche zur Gewaltreduktion beitragen sind:

- Erfolgreiches Aushandeln von Regeln
- Zurückdrängung von rechtsextremen Einflüssen
- Nachhaltigkeit der pädagogischen Beziehungen
- Geflecht hilfreicher Beziehungen im Gemeinwesen
- Lösung von Rechtsextremismus/Gewalt aus der Reduktion von Jugendproblemen

Es sollten keine „Alibiprojekte“ mehr gemacht werden. Wenn bemerkt wird, dass ein Projekt nach ½ Jahr nicht mehr läuft, sollte es nicht fortgeführt werden. Projekte, die nachhaltig wirken, machen Sinn. Nach einigen Jahren der Tätigkeit in der Jugendhilfe sollte man sich lösen. Stuttgart hat hierzu ein interessantes Projekt „Alt werden in der Jugendhilfe“ gemacht. Er machte deutlich, dass Jugendsozialarbeiter nicht die „Alleinunterhalter“ für Probleme sind. Für Problemlösungen ist immer eine Gemeinde zuständig. Wenn Stadträte bei bestimmten Problemen an Jugendsozialarbeiter herantreten, um diese Probleme zu lösen, kann erwartet werden, dass Politik diese Mitarbeiter nicht fallen lässt, wenn dann doch auch mal mehrere Probleme auftreten, die nicht einfach zu lösen sind. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass jede Kollegin und jeder Kollege gefahrlos ihre Arbeit machen können. Sehr viel mehr Kinder und Jugendliche werden öfters Opfer von Gewalt, als Jugendgewalt besteht. Dennoch besteht das Problem Jugendgewalt und das will er auch nicht verherrlichen.

Jugendgewalt wird immer ein Bestandteil der modernen Gesellschaft sein und diese muss sich damit auseinandersetzen. Der Jugendclub als solcher ist im Normalfall nicht der Ausgangspunkt von Gewalt. Jugendclubs sind Treffpunkte für Jugendliche. Viele Kollegen in der Jugendarbeit werden viel zu oft allein gelassen, es bedarf einer guten Zusammenarbeit verschiedener Instanzen.

**Anfrage Frau Wolff , Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM** in der Öffentlichkeit wurde die These aus dem Forschungsbericht anders publiziert als jetzt vorgestellt wurde. Wie seriös ist diese These überhaupt? Mittlerweile ist es so, dass in die Jugendbegegnungszentren oftmals ehemalige Jugendliche, welche jetzt erwachsen sind, mit ihren Kindern gehen. Wäre es hier nicht besser, diese als Familienzentren anzusehen?

**Prof. Dr. Simon antwortete, dass** gesehen werden muss, welcher Jugendclub nimmt in einer ca. 5jährigen Entwicklungsphase welche Form an. Es gibt viele Möglichkeiten, hier zu schauen, was zutreffender wäre. Familienzentren sind nicht schlecht. Die Tendenz insbesondere in den Altbundesländern ist es jetzt wieder, Jugendzentren neu zu schaffen, da Familienzentren nicht immer so funktionieren, wie es angedacht war. Oftmals ist hier auch eine Ausgrenzung von Jung und Alt zu erleben. Hier setzen sich aber oftmals „die Alten“ gegen die Jungen durch. Kinder und Jugendliche werden immer herausfinden wollen, worauf Erwachsene „anspringen“. Das ist ein Austesten, was immer wieder passiert. Es ist ein Aushandlungsprozess, was man spezifisch für den jeweiligen Sozialraum benötigt. Es gibt unterschiedliche Modelle.

**Frau Ute Haupt , Fraktion DIE LINKE., äußerte**, dass sie es gut findet, dass Jugendbegegnungszentren eine Perspektive gegeben wird. Es werden immer wieder Projekte neu aufgelegt, was auch Jugendbegegnungszentren einschließt. Sie äußerte die Hoffnung, dass bei Projekten auch Meinungen der Fach(hoch)schulen gehört werden und diese eine Einflussmöglichkeit hierauf haben.

**Prof. Dr. Simon äußerte** dass durchaus auch Meinungen von den Fach(hoch)schulen zu bestimmten Projekten geäußert werden. Vieles bedarf oftmals auch einer hohen

Qualifikation. Beispielsweise das Berufsfeld Streetwork. Oftmals handelt es sich hier auch um Berufsanfänger. Diese Arbeit (Projekte) benötigt mehr, als ein Berufsanfänger leisten kann. Er vertritt mittlere die Auffassung, dass bei hilfreichen Projekten, wo keine Anschlussfinanzierung geleistet werden kann, man die Hände davon lassen sollte. Diese führen nicht wirklich zu nachhaltigen Effekten.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach an, dass unter Jugendlichen oftmals eine Gruppendynamik besteht, insbesondere in der Pubertät passen sich Jugendliche der Gruppe an. In der Studie geht es auch um Gewalterfahrung in Schule. Mobbing durch Lehrkräfte an Gymnasien ist höher als hier eine Rolle spielt. Wie erleben Kinder Gewalt in der Familie?

Welche Botschaften enthält die Studie? Eine Aufmerksamkeit sollte auf die Qualität in den Jugendbegegnungszentren gerichtet sein. Gibt es konkrete Handlungsempfehlungen? Das empfindet sie als zu kurz gekommen heute.

**Herr Prof. Dr. Simon antwortete**, dass sein spezieller Auftrag heute war, ausschließlich auf die Aussage zu den Jugendclubs heute etwas zu sagen. Die Hochschule Magdeburg-Stendal beschäftigt sich auch mit resilienten Jugendlichen, dieses Kriterium wird in dem Forschungsbericht ausgeblendet. Bestimmter Themen bedarf es eines „kalten Blutes“, dies in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Es ist Null Empire in der Studie enthalten. Manchmal muss ein „Weckruf“ in die Träger hinein.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sprach an, dass Jeder der Literatur von Prof. Pfeiffer bestellt, weiß was er kauft. Die Jugendbegegnungszentren (JBBZ) wird es mit oder ohne Prof. Pfeiffer weiterhin geben. Finden Jugendliche nicht mehr den Weg in die Jugendbegegnungszentren weil das Fitnessstudio oder das Sonnenstudio auf dem Weg liegen? Woran liegt es, dass wir die „Lufthoheit“ verlieren in den JBBZ? Haben wir keine Alternativen? Ein Problem ist, dass Mitarbeiter nicht aus der Jugendarbeit wechseln wollen oder können. Was soll diesen Mitarbeitern angeboten werden, welche Alternativen an Arbeitsangeboten haben diese Personen? Arbeitgeber sehen sich hier auch in der Pflicht den Mitarbeitern gegenüber. Es gibt Mitarbeiter, welche 10 – 20 Jahre in der Jugendarbeit tätig sind. Wo ist die Jugendarbeit heute, wenn sie nicht im Jugendhaus ist? Wo liegt hier die Zukunft? In generationsübergreifenden Zentren?

**Prof. Dr. Simon antwortete**, dass im Land Sachsen-Anhalt noch ein überproportional hoher Anteil an Jugendclubs besteht. Vermutlich wird dies weiter sinken. In Deutschland gibt es 27 Modelle der Ganztagsbetreuung. Brandenburg fördert vergleichsweise ähnlich wie in Sachsen-Anhalt. Aber in Brandenburg findet Jugendarbeit in der Nähe von Schule statt. Offene Jugendarbeit wird sich stark ändern und sich mehr dem Bereich Schule zuwenden. Es wird immer problembehaftete Jugendliche geben, welche sich entziehen. Es gibt junge Erwachsene, welche den Schulsektor verlassen haben. Mit den generationsübergreifenden Häusern gibt es unterschiedliche Erfahrungen, ein Bundesland ist hierbei bereits gescheitert. In diesen Häusern findet auch oft eine Verdrängung Jung-Alt und umgedreht statt. Oftmals verdrängen „die Alten“ die Jungen. Dies muss fachlich und konzeptionell weiter entwickelt werden. Dies ist harte Arbeit. Vieles wird es in 10, 20 Jahren so nicht mehr geben. In der Jugendhilfe findet eine evolutionäre Entwicklung statt. Möglicherweise gibt es in 50 Jahren in dieser Form nichts mehr. Wo Jugendliche sich künftig ihre Freiräume suchen werden, kann kein Professor beantworten. Wie kann ein Zusammenhang mit Schule und Jugendarbeit gesehen werden?

**Anfrage Frau Dr. Brock**, ob man weiß, warum Jugendliche in die Jugendclubs gehen?

**Antwort von Prof. Dr. Simon**, es geht im Grunde genommen um drei Dinge:

Man kann unkontrolliert „von den Alten abhängen“; hier kann man gleichgesinnte Freunde treffen und es findet ein Zusammentreffen beider Geschlechter statt.

Viele Jugendliche schauen im Club vorbei, um zu sehen, ob ihre Clique da ist. Die „Servicefunktion“, welche Jugendclubs auch haben, muss man akzeptieren.

Wenn ein Jugendclub zu sauber ist, hat man immer den Verdacht, dass hier nicht viel passiert.

**Anfrage Frau Dr. Brock**, wie viel Jugendliche in Halle Jugendclubs besuchen, kann man prozentual die aktuellen Schülerzahlen der 8. Klassen sagen. Wäre Prävention nicht besser?

**Prof. Dr. Simon sprach an**, dass im Land Sachsen-Anhalt 16.000 Jugendliche sind, da ist die Auswahl von 2500 befragten Jugendlichen doch sehr gering. Die Frage zur Prävention kann er nur so bestätigen.

**Frau Wolff sprach an**, dass der Begriff „generationsübergreifend“ immer Alt und Jung impliziert. Im Jugendbegegnungs- und -beratungszentrum (JBBZ) „Wasserturm“ geht es um junge Erwachsene, welche vorher als Jugendliche schon dort waren und jetzt mit ihren Familien hingehen. Das ist nicht generationsübergreifend. Hier muss der Familienbezug gesehen werden, also Familienzentrum. Präventive Angebote sollten hier gezielter verfolgt werden. Dies sollte zu einer Pflichtaufgabe gemacht werden.

**Prof. Dr. Simon sprach an**, dass der Begriff „generationsübergreifend“ alle Generationen einbezieht. Die Jungen haben noch etwas Zeit, die Alten haben vermehrt Zeit.

**Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt**, sprach an, dass Herr Prof. Dr. Simon heute speziell zu dieser Thematik eingeladen wurde, herausgelöst aus der Studie. Sie nimmt es als Anregung auf, dass die Studie in ihren Aussagen insgesamt noch mal angeschaut werden könnte. Es muss nicht immer alles in den Jugendhilfeausschuss, das kann entsprechend weiter gegeben werden in Arbeitsgruppen o.ä.

Es sind keine freiwilligen Aufgaben, die wir in der Jugendhilfe haben. Es muss geschaut werden, was wir benötigen und was wir wollen. Es gibt bereits viele präventive Angebote, auch im Bereich der Sucht, wo Frau Bühler, einiges organisiert hat. Verschiedene Leistungsverantwortliche müssen „ins Boot geholt werden“. Thema Rechtsextremismus: Was ist, wenn das lokale Aktionsprogramm (LAP) ausläuft? Wo muss Nachhaltigkeit gesehen werden, damit müssen wir uns heute schon beschäftigen. Dies betrifft auch die Schulsozialarbeit. Wir bemühen uns, das Fachkräfteprogramm zu halten. Es gibt eine intensive Arbeit hier, die die Träger machen. Vor 10 Jahren gab es die „START-Studie“, die diskutiert worden ist. Die Träger sind den Wünschen der Kommune gefolgt, es gibt hier eine intensive Kooperation, die gut läuft.

**Frau Hanna Haupt** beendete den Tagesordnungspunkt mit den Worten, dass wir mit der beschlossenen Jugendhilfeplanung auf einem relativ guten Weg sind. Sie dankte Prof. Dr. Simon für seine Ausführungen.

## zu 6      **Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

## zu 7      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 8      **schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

## zu 9      **Mitteilungen**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, teilte mit, dass heute eine Ankündigung zur Fachtagung „Jugend stärken in Halle (Saale), welche am 07. November 2011 in Neustadt stattfindet, ausgelegt wurde.

## zu 10     **Themenspeicher**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende** des Ausschusses, sprach an, dass der Themenspeicher den Mitgliedern zugesendet worden ist. Hier gab es inzwischen Veränderungen. Sie teilte den aktuellen derzeitigen Stand dazu mit:

Im JHA am 03.11.2011 werden die Berichte: 1. zum Stand der Zusammenarbeit Grundschule-Horte und 2. zur Entwicklung im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) auf der Tagesordnung stehen. Der aus dem Stadtrat verwiesene Antrag von Frau Wolff zur Berichterstattung Inklusion in Horteinrichtungen in der Stadt Halle steht ebenfalls an. Im nichtöffentlichen Teil soll die Übertragung Schnatterinchen als Beschlussvorlage kommen. Im JHA 01.12.11 wird es mehrere Beschlussvorlagen geben, hier ist von einem größeren Sitzungszeitvolumen auszugehen.

## zu 11     **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Anfrage von Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied Freie Träger:**

1. Wie ist der Stand zur Bekanntmachung Investitionen?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete** zum Stand Investitionen, dass klar ist, dass das Land sich bemüht, dies umzusetzen.

Wir können davon ausgehen, dass wir eine Förderung für KITA und Schulen 70:30 bekommen können. Voraussetzung hierfür ist, dass die Demographiesicherheit bis 2025 erreicht werden kann. Es soll ein zentraler Demographiecheck erreicht werden. Im Bereich Schule gibt es wesentlich größere Komplexmaßnahmen. Im Gespräch sind 600 Millionen bis 1 Milliarde €.



Dies soll durch das Land in den nächsten zwei Monaten entschieden sein. Wir erwarten und erhoffen uns Mittel. Die Demographieuntersuchungen laufen. Die Einrichtungen der Träger sollen alle erfasst werden. Die Realität der Situation im Norden holt uns ein. Wir bereiten uns im Rahmen der politischen Diskussion vor. Es wird versucht, die Sicherheit der Demographie zu erreichen.

**Frau Schubert fragte an**, ob die Träger hierzu Informationen erhalten?

**Herr Kogge antwortete**, dass aktuelle Informationen über die Presse laufen. Die Kommune hat den gleichen Stand wie die Träger auch. Das Programm des Landes ist für den öffentlichen und die freien Träger gedacht.

**Frau Schubert sprach an**, dass im Amt eine unterschiedlich qualifizierte Handhabung der Beratung und Betreuung zu den Fördermittelanträgen stattfindet. Sie regte an, dass dies im Amt mal abgeprüft und vereinheitlicht wird.

**Frau Brederlow , Amtsleiterin Jugendamt**, nahm die Anregung auf und sagte dies zu.

**Anfrage Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied Freie Träger:**

Im Bildungsausschuss ist auf der Tagesordnung die Information zu Schulsozialarbeit, gibt es hier aktuelle Informationen?

**Frau Brederlow antwortete**, dass der Bildungsausschuss die gleichen Informationen zu Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUK) erhält, wie hierzu im Jugendhilfeausschuss bereits informiert worden war. Es sollen 5 Stellen beim öffentlichen Träger ausgeschrieben werden, im nächsten Jahr soll dies für die freien Träger erfolgen, dies bereitet die Verwaltung vor.

**Anfrage Herr Kramer** zur Zahlung an die freien Träger. Bisher erfolgt nur eine 80%ige Auszahlung. Die freien Träger erbringen aber 100% Leistung. Es fehlen also die restlichen Mittel, was sich jetzt immer deutlicher macht und es wird für die freien Träger „eng“. Wie ist hierzu der Stand, welche Lösungsmöglichkeiten gibt es, ist mit der Restzahlung zu rechnen?

**Frau Brederlow antwortete**, dass nie gesagt worden ist, dass die 20% noch kommen. Wie Allen bekannt ist, ist der Haushalt der Stadt durch das Landesverwaltungsamt nicht bestätigt worden. Wir sind die Einzigen, die 80% zahlen. Sie geht nicht davon aus, dass die 100% gezahlt werden. Die Träger müssen sich darauf einstellen, auch Projekte zu kürzen.

**Herr Kogge antwortete**, dass die Stadt, wie bekannt ist, 20 Millionen Euro über dem Haushaltsplan liegen. Das Landesverwaltungsamt hat hierauf reagiert und das Schreiben hierzu ist auch bekannt. Der Rotstift wurde angesetzt. Im Jahr 2012 muss von geringeren Ausgaben ausgegangen werden.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass Pflichtleistungen bezahlt werden müssen. Was kann nicht bezahlt werden?

**Frau Brederlow antwortete**, dass auch die Auflagen bestehen, dass auch im pflichtigen Teil gespart werden soll.

**Herr Kogge antwortete**, dass das KJHG einen festen Rahmen vorgibt und zwar liegen die Aufgaben im Pflichtermessen. Es ist nicht möglich, die 100% zu zahlen. Es wird sicher vieles getan, aber was wir tun können und dürfen ist eine andere Frage.

**Herr Kramer sprach an**, dass die freien Träger händelbare Optionen brauchen. Es wird Jugendhilfeplanung gemacht, was soll an Leistungen noch gebracht werden? Er brachte als Beispiel die Jugendbegegnungszentren – was soll jetzt erfolgen, wenn die Restmittel fehlen? Wie sollen die Träger reagieren?

**Herr Kogge antwortete**, dass er nicht in die Trägerhoheit eingreifen kann. Das müssen diese selbst entscheiden. Er würde die Wochenzeiten reduzieren. Die freien Träger im § 11 müssen mit gestalten und schauen, wie sie es gestalten.

**Herr Kramer sprach an**, dass die Kosten sich bei 100% belaufen. Es ist eine Kommunikationsfrage, was wünscht sich die Kommune von den freien Trägern, was ist an Leistungen gewollt? Wie können die Träger was runterfahren? Ab wann wird es Fördermittelschädlich?

**Frau Brederlow antwortete**, dass die Verwaltung den freien Trägern keine Vorgabe machen kann, da es in deren Trägerhoheit eingreifen würde. Die Träger müssen entscheiden, wie sie mit der Situation umgehen und was sie kürzen.

**Herr Kogge schlug vor**, mit konkreten Dingen an die Verwaltung heranzutreten und dann wird es dazu auch ein Gespräch geben.

**Frau Wolff sprach an**, dass der Haushalt verabschiedet worden ist. Die Projekte wurden mit Geld ausgestattet. Von diesem Budget erhalten die freien Träger nur 80%?

**Die Verwaltung** bejahte dies. Darüber wurde auch mehrfach im Ausschuss informiert.

**Anfrage Frau Dr. Brock** zur Thematik Schulsozialarbeit. Dies sollte noch diskutiert werden.

**Frau Brederlow antwortete**, dass innerhalb der Verwaltung hierfür 5 Stellen ausgeschrieben werden sollen. Dies ist verwaltungsintern. Es geht um Bildung und Teilhabe und nicht aus Mitteln der Jugendhilfe heraus. Es gab mit dem Sozialamt eine Absprache hierzu. Der Jugendhilfeausschuss ist hierfür fachlich zuständig. Über Finanzen aus dem SGB II entscheidet der Stadtrat auf Empfehlung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses.

## zu 12 Anregungen

---

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, regte an**, dass der Umfang der pflichtigen Leistungen nicht beschrieben ist. Für die Jugendhilfe sollte festgelegt werden, wie viel wir uns tatsächlich noch leisten können. Dann können die freien Träger entscheiden, was sie an Leistung bringen können.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sprach an**, dass vom Landesverwaltungsamt klare Einsparungsvorgaben vorliegen. Es muss davon ausgegangen werden, dass wir die Ausgleichsfinanzierung nicht kriegen, das heißt, es muss viel eingespart werden.

**Frau Klotsch sprach an**, dass es die Thematik seit Jahren gibt und diese spitzt sich immer mehr zu. Jetzt ist Oktober, die Personalkosten sind da und die Mitarbeiter haben auch gearbeitet, wie sie angestellt worden sind. Das Personal müsste jedes Mal gekürzt werden, wenn der Bescheid da ist. Das Risiko liegt bei den freien Trägern. Wenn die Mittel nicht fließen, muss gekürzt werden. Sie regte an, beim Personal zu kürzen.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin